



Für eine Zukunft in Recht und Freiheit

Programm zur Kommunalwahl 2021



Für unsere
Wetterau

KREISVERBAND WETTERAU



AfD





Liebe Bürger!

Die Alternative für Deutschland (AfD) ist eine freiheitlich konservative Bürgerpartei, die von Menschen aus der Mitte unserer Gesellschaft gewählt wird und deren Vertreter keine Berufspolitiker, sondern Bürger aus allen gesellschaftlichen Bereichen sind.

Die AfD will Demokratie, Rechtsstaat mit Gewaltenteilung, Subsidiarität und Soziale Marktwirtschaft, vor allem aber die Freiheit bewahren und, wo möglich und nötig, wiederherstellen.

Wir sehen mit großer Sorge, dass die Freiheit und damit auch die Demokratie zunehmend verloren geht.

Andersdenkende werden ausgegrenzt und diffamiert oder müssen gar berufliche Nachteile fürchten. Dies ist in einer Demokratie unzumutbar und gesetzeswidrig.

Zur Demokratie gehört die Freiheit mündiger Bürger. Das ist nach unserem Grundgesetz nicht verhandelbar. Wir wollen unser ideelles und materielles Erbe sichern, um es so der nächsten Generation übergeben zu können.

Ihre AfD im Wetteraukreis

www.afd-wetterau.de

Demokratie

Die etablierten Parteien haben dem von ihnen kontrollierten Staat – und damit sich selbst - durch eine von niemandem mehr zu durchschauende Flut von Regeln und Gesetzen, eine viel zu große Machtfülle gegeben. Dies führt nicht nur zu einem weltweiten Spitzenplatz bei Steuern und Abgaben, sondern auch zu einer unerträglichen Beschneidung der Freiheit des Einzelnen. Die mit den Steuern Wetterauer Bürger subventionierten Aktionen wie „Demokratie leben“, „Meine Wetterau ist vielfältig“ oder „Meine Kommune ist bunt“ lehnen wir ab. Unter dem Deckmantel dieser positiven Überschriften wird in Wahrheit nicht die Demokratie gestärkt oder Extremismus bekämpft, sondern es werden im Gegenteil linke und auch linksextreme Gruppierungen gefördert, die den politischen Gegner ausgrenzen und verunglimpfen und die in Teilen auch vor Gewalttaten nicht zurückschrecken. Diese zynische Täuschung des Wetterauer Wählers und Steuerzahlers, die in Wahrheit der Einschränkung der Meinungsfreiheit und der Durchsetzung einer linksideologischen Agenda dient, muss sofort beendet werden. Parteien sollen der Willensbildung des Volkes dienen und nicht das Volk kontrollieren und manipulieren.

Die AfD sieht es daher als ihre wichtigste Aufgabe an, jedem Bürger nicht nur Freiheit zurückzugeben, sondern die Macht des Parteienstaates zurückzudrängen, indem durch direkte Demokratie nach

Schweizer Vorbild und durch Bürger- und Volksentscheide - auch und gerade auf kommunaler Ebene – dem Volk seine Macht als Souverän zurückgegeben wird.

Die Abgeordneten der AfD werden über ihre Tätigkeit und ihr Abstimmungsverhalten öffentlich Rechenschaft ablegen. Wir setzen uns für die Live-Übertragung von Kreistagssitzungen ein. Jede Abstimmung durch die AfD im Kreistag, wird an folgenden Prinzipien ausgerichtet sein:

1) **Freiheit** – Gibt die Entscheidung dem Bürger Freiheiten zurück oder schränkt sie sie weiter ein? Die AfD ist für die Freiheit und gegen Gängelung, Bevormundung, weiterer Regulierung, Quoten und neuen Verboten.

2) **Subsidiarität** – Muss die Entscheidung auf Kreisebene getroffen werden oder sollte sie sinnvollerweise den Städten und Gemeinden oder den Bürgern selbst überlassen bleiben? Die AfD will freie und selbstbestimmte Bürger und keinen allmächtigen Staat.

3) **Abgabenlast** – Werden die Bürger durch die Entscheidung entlastet oder zusätzlich belastet? Die AfD will, dass Menschen und Unternehmen finanziell entlastet werden. Dies fördert Freiheit und Marktwirtschaft.

Familie

Die AfD steht für eine familienfördernde Politik. Wir wollen Lebensumstände, die es Familien ermöglichen, sich wieder für mehr Kinder zu entscheiden.

Nicht mehr Einwanderung ist unsere Zukunft, sondern mehr Familie. Unsere Kinder sind unsere Zukunft. In Ungarn hat eine familienfreundliche Politik innerhalb weniger Jahre zu deutlichen Steigerungen der Geburtenzahlen geführt, was beweist, dass die Menschen Kinder wollen und bei entsprechenden Rahmenbedingungen auch Kinder bekommen. Kinder sollen eine gute Bildung und Ausbildung erhalten und ihre Familien die dafür notwendige Unterstützung. Unsere Steuerpolitik ist familien- und damit kinderfreundlich, damit Familie wieder finanzierbar ist und kein Armutsrisiko darstellt. Hierfür müssen gerade auch in der ländlichen Wetterau folgende Voraussetzungen geschaffen werden:

- Kurze Wege zu Kitas und Grundschulen
- Qualitative, bedarfsgerechte sowie flexible Betreuungsmöglichkeiten
- Unterstützung von Erzieher/-innen und Hebammen
- Verbesserung der digitalen Infrastruktur auf dem Land für bspw. berufstätige Eltern.

Studien zeigen, dass Kinder in den ersten Lebensjahren in einer liebevollen, elterlichen Umgebung am besten aufgehoben sind, denn keine staatliche Organisation kann einem Kleinstkind die Liebe und das Angenommensein schenken, wie es die eigenen Eltern vermögen. Für Eltern müssen daher Voraussetzungen geschaffen werden, dies auch umsetzen zu können.



Bildung

Das Bildungsniveau aller Schüler sinkt, weil linksgerichtete Politik seit Jahrzehnten nicht den gut gebildeten und leistungsorientierten Bürger zum Ziel hat, sondern die sogenannten Soft-Skills betont, deren Vermittlung dazu genutzt wird, junge Menschen zu ideologisieren. In der linken Schulpolitik bestimmt der schwächste Schüler das Tempo, Noten werden abgeschafft und Inklusion trägt zusätzlich zur Überlastung des Lehrkörpers bei, weil Lehrer nicht gleichzeitig und gleich gut Schülern mit Behinderung, Schülern mit Sprach- oder sozialen Problemen und den Leistungsträgern gerecht werden können. Die AfD will die Bildungspolitik wieder vom Kopf auf die Füße stellen. Bildung ist der Schlüssel für mündige Bürger in einer freien Gesellschaft und eine erfolgreiche Zukunft, da wir als rohstoffarmes Land von der geistigen Kraft unserer Bürger leben. Wir Deutsche können auf ein traditionell leistungsfähiges Bildungssystem verweisen, u.a. auf das gegliederte Schul-, sowie das duale Bildungssystem. Dies möchten wir fortführen, damit wir auch in Zukunft in Wissenschaft, Wirtschaft und Technik zu den führenden Nationen gehören und unseren Wohlstand sichern können.

Zum Schutz unserer Kinder gehört auch die Ablehnung der ideologisch motivierten Frühsexualisierung, die in der Praxis das Kindeswohl viel zu oft gefährdet und Kinder nicht fördert. Dieser – u.a. von Organisationen wie ProFamilia propagierten und mit gewissen „Spielarten“ wie z.B. „Original Play“ einhergehenden – Strömung, stellen wir uns im Wetteraukreis mit aller Entschlossenheit entgegen. Das Schulsystem soll sich durch hohe Leistungsanforderungen, Vielfalt, Durchlässigkeit und Chancengleichheit auszeichnen. Die AfD steht für die Beibehaltung des dreigliedrigen Schulsystems und gegen eine Vereinheitlichung auf zwei oder gar nur einen Schultypus. Unsere Gesellschaft braucht gerade die Vielzahl an unterschiedlichen Schulabschlüssen. Nur müssen diese Abschlüsse auch etwas wert sein, d.h. ein möglichst hoher Leistungsstandard ist anzustreben. Gymnasien müssen als eigenständige Schulform erhalten bleiben und dürfen nicht nur ein Element der Gesamtschule sein.

Bildung

Die freie Schulwahl hat nach Eignung zu erfolgen. Eine Senkung von Leistungsanforderungen zwecks Erhöhung der Zahl der Abschlüsse lehnen wir ab. Die Durchlässigkeit des Bildungswesens durch entsprechende Umstiegsmöglichkeiten muss gewährleistet sein. Das System des zweiten Bildungsweges hat sich bewährt und soll weiterhin gefördert werden. Zudem streben wir Kontinuität im Bildungssystem an; Schule darf nicht zum Experimentierfeld der Bildungspolitik werden. Wir wenden uns kategorisch gegen eine Ideologisierung in den Schulen wie beispielsweise Gender-Mainstreaming oder Frühsexualerziehung und lehnen diese konsequent ab.

Die Eltern haben einen Erziehungs-, die Schulen einen Bildungsauftrag. Lehrer sollen politisch Kontroverses auch kontrovers darstellen und hierdurch Schüler befähigen, zu einem eigenen Urteil über politische Themen zu gelangen. Es ist nicht die Aufgabe der Schule, Meinungen zu vermitteln, sondern Wissen und

die Werkzeuge zur Anwendung von Wissen. Der Ausfall von Schulunterricht muss durch Lehrerinnen und Lehrer in Springerfunktion auf ein Minimum reduziert werden. Die Sachausstattung und die baulichen Gegebenheiten der Schulen müssen der hohen gesellschaftlichen Bedeutung von Bildung entsprechen. Um dem Bedarf von Familien nach Ganztagesbetreuung ihrer Kinder Rechnung zu tragen, ist diese qualitativ deutlich aufzuwerten. Die Wahlfreiheit der Erziehung daheim oder in Form von Ganztagsbetreuung soll gewahrt bleiben und finanziell ermöglicht werden.



Solide Finanzen

Haushalts- und Finanzpolitik ist Generationenpolitik.

Unser Ziel ist es, unseren Wohlstand für künftige Generationen zu erhalten und zu mehren. Die ständig steigende Verschuldung der öffentlichen Hand auf allen Ebenen, auch der kommunalen, bürdet den kommenden Generationen unverantwortlich hohe Lasten auf.

Die AfD strebt deshalb ausgeglichene Haushalte ohne Schuldenaufnahme und ohne Steuer- und Abgabenerhöhungen an. Höhere Ausgaben sind durch Einsparungen und Effizienzsteigerungen auszugleichen. Straßenbeitragsatzungen lehnen wir ab.

Die nach der Krise in 2008 erhöhten Grundsteuern sind auf das vorherige Maß zu reduzieren. Auch die Grunderwerbsteuer von 6% ist wieder auf das vorherige Maß zurückzuführen, weil sie den Grunderwerb unnötig verteuert. Spekulativen Geldgeschäften der öffentlichen Hand wird die AfD nicht zustimmen, Absicherung von Risiken schon.

Führungspositionen in kommunalen Betrieben sind ausschließlich nach Qualifikation und nicht nach Parteibuch zu besetzen.

tGewinne kommunaler Betriebe müssen den Bürgern durch Gebührenreduktion zurückvergütet oder für die Schuldenreduzierung verwendet werden.

Die Bemühungen der Kommunen, das Prinzip der Konnexität – „wer bestellt soll bezahlen“ – bei Bund und Land einzufordern, wird durch uns unterstützt.

Alle Subventionen müssen auf ihre Notwendigkeit hin überprüft werden. Eine ideologisch motivierte Förderung politischer Gruppen ist sofort zu beenden. Im Rahmen einer grundsätzlichen Steuerreform will die AfD den Kommunen Steuerrecht gewähren und damit ihre Unabhängigkeit stärken.

Wirtschaftsförderung in einer sozialen Marktwirtschaft

Die AfD erkennt in der Sozialen Marktwirtschaft die beste Möglichkeit, unseren Wohlstand zu mehren.

Wir bauen deshalb auf die Kräfte des Wettbewerbs. Wir wollen den Unternehmergeist fördern und bei öffentlichen Haushalten maßhalten, weil wir nicht auf Kosten unserer Kinder und Enkelkinder leben wollen. Verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln führt zum bestmöglichen Einsatz vorhandener Ressourcen und ist daher auch gelebte Umweltpolitik.

Marktwirtschaft ist sozial, denn je erfolgreicher die Unternehmen und ihre Beschäftigten wirtschaften, desto mehr Menschen sind erwerbstätig, desto höher ist das Steueraufkommen der Kommunen und desto stabiler kann das Gemeinwesen sein. Um die Zukunftsfähigkeit und Finanzkraft in der Wetterau zu erhalten, setzen wir uns in diesem Kontext für Wirtschaftsförderung ein, beispielsweise in Form von Infrastruktur-, Ausbildungs- oder Förderungsmaßnahmen zwecks Ansiedlung zukunftsfähiger Unternehmen.

Ansässige Unternehmen und Wirtschaftsorganisationen müssen in die entsprechenden Planungs- und Entscheidungsprozesse einbezogen werden.

Gute Infrastruktur bedeutet im 21. Jahrhundert auch leistungsfähige Datennetze, sowohl durch Glasfaser im Boden, als auch durch lückenlose und leistungsfähige Funknetze.

Die AfD fordert jedoch ein Ende des flächendeckenden Ausbaus von 5G bis zum Abschluss einer vollständigen Untersuchung der gesundheitlichen Auswirkungen für Mensch und Tier.

Arbeits- und Sozialpolitik

Auf kommunaler Ebene muss bei Mitverantwortung für die Jobcenter dafür Sorge getragen werden, dass Arbeitslosengeld-II-Bezieher – wo es geht – in Vollzeittätigkeiten in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden.

Vermittlungshemmnisse müssen beseitigt werden.

Zudem sollten große Bedarfsgemeinschaften und Familien, die ganz ohne Erwerbsarbeit sind, im Fokus von Fördermaßnahmen stehen.

Die Ämter der Kommunen sollten eng mit den Arbeitsagenturen und den lokalen Akteuren am Arbeitsmarkt zusammenarbeiten.



Sicherheit und Ordnung

Der Schutz der Bürger vor Kriminalität gehört zu den Kernaufgaben eines Staates.

Zunehmendes Unsicherheitsgefühl zerstört das Vertrauen in den Rechtsstaat. Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit prägt die Lebensqualität in der Wetterau maßgeblich mit.

Die AfD strebt deshalb eine ausgewogene Balance zwischen Sicherheitsmaßnahmen, Prävention und Strafmaßnahmen einerseits sowie bürgerlichen Freiheitsrechten andererseits an. Wir lehnen die ideologisch motivierten Bestrebungen des Wetteraukreises ab, „Modellregion Fairtrade“ zu werden. Es kann z.B. nicht sein, dass Rosenfarmen in Kenia und Tansania gefördert werden und unsere Anbieter von Qualitätsrosen vor Ort keine Unterstützung erhalten.

Wir fordern konsequentes Vorgehen gegen alle Arten von Straftaten einschließlich aller Varianten des Extremismus und Radikalismus. Die Landespolizei muss flächendeckend Präsenz zeigen, insbesondere durch Erhöhung der Streifenförmigkeit vor Ort. Um dieses Ziel zu erreichen, wird eine weitere Schließung von Polizeistationen von uns strikt abgelehnt. Gegenüber der Landesregierung müssen die Sicherheitsanliegen des Wetteraukreises offensiv von diesem vertreten werden.

Der Einsatz von Stadtpolizeien und privaten Sicherheitsdiensten kann nur als Ergänzung zur Arbeit der Landespolizei gesehen werden und darf und kann diese nicht ersetzen.



Die Bürger sollen ohne Angst vor Kriminalität leben können. Sicherheit ist die Voraussetzung für Freiheit.

Daher ist Sicherheitspolitik der Grundstein von Familien- und Wirtschaftspolitik. Wir fordern daher ein No-Way für No-Go-Areas. Es darf in der Wetterau keinen Ort geben, den der Staat – ob offiziell oder inoffiziell – zum rechtsfreien Raum erklärt.

Ein weiterer wichtiger Baustein öffentlicher Sicherheit ist die Arbeit der Feuerwehr.

Die Freiwilligen Feuerwehren leiden zunehmend unter Personalmangel.

Um die Reaktionsgeschwindigkeit und Qualität der Arbeit der Feuerwehren zu gewährleisten, ist die Zweckmäßigkeit der Erhöhung des Anteils bezahlten Personals zu prüfen.

Zugleich sollte das ehrenamtliche Engagement in der Freiwilligen Feuerwehr stärker gefördert und belohnt werden – beispielsweise durch finanzielle Anreize.

Die gemeinsame Nutzung von Räumlichkeiten durch Rettungsdienste und Feuerwehren ist zu fördern, da die damit verbundenen Synergieeffekte zu Kosteneinsparungen führen.



Verkehrspolitik

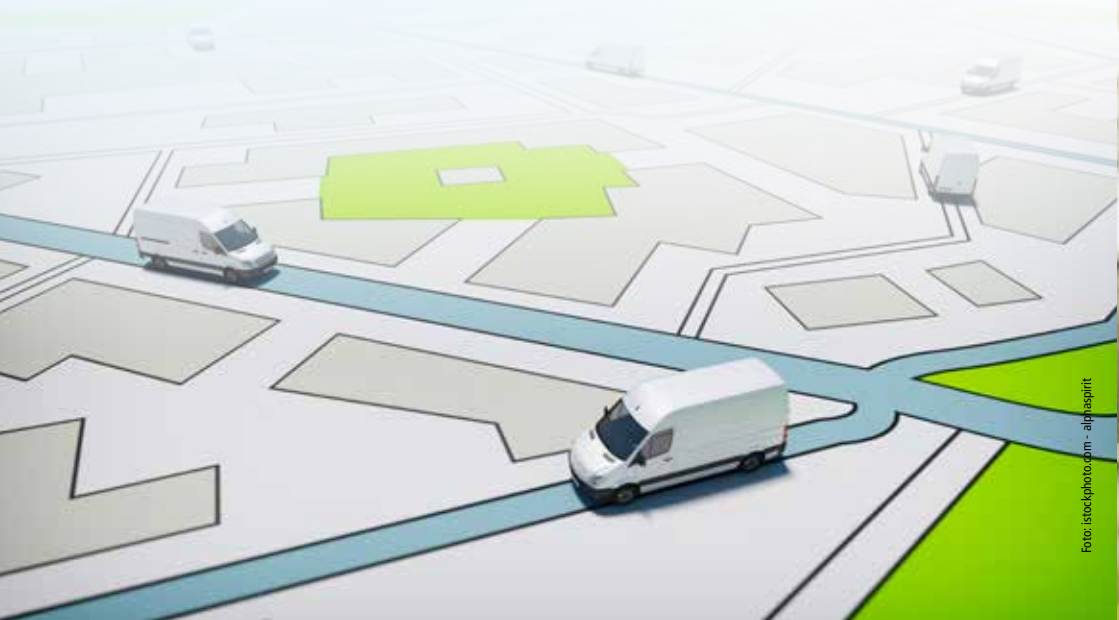
Die Bürger der Wetterau sind sowohl Autofahrer, als auch Radfahrer, Fußgänger und Nutzer öffentlicher Verkehrsmittel.

Sie entscheiden selbst darüber, welches Verkehrsmittel sie nutzen wollen. Eine ideologiebasierte besondere Förderung eines dieser Verkehrsmittel, wie von anderen Parteien praktiziert, lehnen wir deshalb ebenso strikt ab, wie Fahrverbote.

Wer fordert, dass öffentliche Verkehrsmittel Priorität haben sollen, muss diese konsequent ausbauen, um ihre Angebote attraktiver zu machen. Pendler dürfen nicht gezwungen werden, in verstopften und verspäteten Zügen doppelt so lange zur Arbeit zu fahren, wie mit dem eigenen Auto. Der Zustand der Kreis- und Gemeindestraßen verschlechtert sich von Jahr zu Jahr.

Die Straßeninfrastruktur verliert zunehmend an Substanz und Wert. Die AfD fordert daher ausreichende Finanzmittel für eine zeitgerechte Instandhaltung der Kreis- und Gemeindestraßen.

Die AfD fordert die Förderung des ländlichen Raums im Hinblick auf Infrastruktur und Nahversorgung. Dies bedeutet Instandhaltung und -setzung vorhandener Infrastruktur, Ausbau des ÖPNV durch regelmäßigen Busverkehr und finanzielle Förderung der Ansiedlung von Nahversorgungsmöglichkeiten. Kitas und Grundschulen sind auch in kleinen Gemeinden zu erhalten oder neu zu errichten. So kann Familien das Wohnen in lebenswerter Umgebung ermöglicht und die Abwanderung in überfüllte Städte vermieden werden.



Kunst, Kultur und Sport

Zu einer hohen Lebensqualität der Bürger in der Wetterau gehört ein vielfältiges kulturelles und künstlerisches Angebot, sowie eine gute Versorgung mit Sportstätten und Orten der Naherholung.

Das bestehende Kultur- und Freizeitangebot sollte bedarfsgerecht gefördert und nicht ideologiegetrieben finanziert werden.

Es ist auch nicht einzusehen, dass die Wetterau über den Regionalverband ortsgebundene Kulturstätten in Frankfurt mitfinanziert, statt in der Wetterau wechselnde und nicht ortsgebundene Angebote aufzubauen. Wir begrüßen Vereine als Ort des Austausches, in denen Gemeinschaft gelebt wird, Freundschaften gepflegt werden und der Vereinsamung der Menschen entgegengewirkt wird.



Heimat, Tradition und Denkmalpflege

Die konstituierenden Elemente eines Staates sind Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt. Deutschland ist das Staatsgebiet des deutschen Volkes und weder ein offener Siedlungsraum noch ein Multikulti-Labor.

Das Haus Bundesrepublik Deutschland ist kein offenes Hotel mit Vollversorgung und ausschließlicher Zahlungsverpflichtung derer, die „schon länger hier wohnen“, sondern das Haus, das sich das deutsche Volk gebaut hat und allein das deutsche Volk hat das Recht, darüber zu entscheiden, wer darin wohnt und wie die Hausordnung aussieht. Deutschland ist unsere Heimat. Die AfD steht für die Bewahrung unserer Kultur, unserer Traditionen und Denkmäler. Den sozialistischen Kulturkampf linker Gruppierungen mit dem Stürzen von Denkmälern, der Umbenennung von Straßen und Geschäften und der gezielten Benachteiligung des ländlichen Raums zu Gunsten links-grüner Städte, lehnt die AfD fundamental ab.

Die AfD fordert ein Investitionsprogramm des Wetteraukreises für die Revitalisierung der Dörfer und Innenstädte.

Dies soll neben den anderen Maßnahmen dieses Programms dabei helfen, die Abwanderung aus dem ländlichen Raum zu stoppen und durch Steigerung der Attraktivität umzukehren.

Durch die Förderung der Innenstädte und alter dörflicher Bausubstanz soll die Ausweisung von Neubaugebieten und die Auslagerung auf die „grüne Wiese“ gebremst und so der Flächenverbrauch reduziert werden. Gewachsene Strukturen, Kultur und Brauchtum stiften Identität.

Ein Denkmal ist Ort der Erinnerung und der Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte und kein Wahlplakat, das je nach aktueller Mode abgerissen oder umgedeutet werden muss.

Naturschutz, Verbraucherschutz, Energie

Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist der AfD als konservativ-bürgerlicher Partei ein zentrales Anliegen. Die Natur braucht nicht den Menschen, sondern der Mensch braucht die Natur. Daher ist Naturschutz Menschenschutz.

Dies ist Leitbild der AfD bei allen Entscheidungen über Eingriffe in unsere Umwelt. Dies kann jedoch nicht dazu führen, dass der Mensch sich abschafft, um der Natur mehr Raum zu geben, wie von der „Umweltbewegung“ immer lauter gefordert wird. Die Wetterau ist Teil des Ballungsraums Rhein-Main. Die AfD bekennt sich zur Ausweisung von Bauland zur Schaffung von ausreichend bezahlbarem Wohnraum für die Menschen in diesem Ballungsraum. Bezahlbarer Wohnraum ist gelebte Familien- und Sozialpolitik, denn Wohnen ist der größte Kostenfaktor jeder Familie. Windräder benötigen pro Stück einen Hektar Land (mehr als zwei Fußballfelder), schreddern millionenfach Insekten, töten Vögel, verschandeln die Landschaft, müssen mit Milliardenbeträgen subventioniert werden, was uns die höchsten Stromkosten der Welt eingebracht hat, und die Entsorgung der Rotorblätter wird wahrscheinlich ebenfalls Milliarden kosten.

Das alles nehmen wir in Deutschland in Kauf, um Flatterstrom zu erzeugen, der nur vorhanden ist, wenn der Wind weht, weshalb wir bei Windstille Strom aus ausländischen Kohle- und Kernkraftwerken zukaufen müssen, während wir bei starkem Wind immer öfter ausländische Abnehmer für die „Entsorgung“ überschüssigen Stroms bezahlen müssen, statt dafür bezahlt zu werden. Die AfD lehnt daher den Bau weiterer Windräder in der Wetterau ab. Die „Energiewende“ hat die deutsche Stromversorgung teuer und unzuverlässig gemacht, weshalb bereits 2019 mehrfach der bundesweite Blackout drohte. Die AfD fordert den Wetteraukreis auf, für einen entsprechenden Ernstfall endlich ausreichend Vorsorge zu treffen. Der Verbraucherschutz ist von großer Bedeutung für die Gesundheit der Bevölkerung und sichert unsere Lebensqualität.

Die zuständigen Behörden müssen personell und finanziell derart ausgestattet werden, dass sie ihre Aufgaben vollumfänglich wahrnehmen können. Lebensmittelkontrollen sind strikt und unangekündigt durchzuführen. Die Ergebnisse dieser Kontrollen sind zu veröffentlichen.

Die permanent anwachsende Bürokratisierung der Arbeit unserer Landwirte durch Regelungen der EU und die willfährige Umsetzung dieses Wahnsinns in deutsches Recht durch die Altparteien ist nicht nur sofort zu beenden, sondern umzukehren. Gerade Landwirte wissen, dass sie die bewirtschafteten Flächen nur für die nächste Generation verwalten, weshalb sie sorgsam mit ihnen umgehen. Verantwortungsvoll wirtschaftende Landwirte sind die Grundlage unserer Nahrungsmittelversorgung und verdienen unsere Anerkennung, nicht Bevormundung und Gängelung.

Die AfD setzt sich für die finanzielle Förderung eines Konzepts regionaler Vermarktung regionaler Produkte durch den Wetteraukreis ein. Illegale Müllentsorgung und das Wegwerfen von Müll im öffentlichen Raum ist stärker zu verfolgen und härter zu bestrafen. Dieser Müll verschandelt nicht nur die Landschaft, sondern verschmutzt die Natur, vergiftet das Grundwasser und öffentliche Gewässer und fördert das Wachstum von schädlichem Ungeziefer. Die AfD wendet sich auch gegen die Privatisierung der kommunalen Wasserwirtschaft.



Bürokratieabbau und medizinische Versorgung

Verordnungen des Kreises gegenüber Kommunen und Bürgern dürfen den Handlungsspielraum der Betroffenen nicht mehr als unbedingt nötig einschränken. Auch hier ist das Prinzip der Subsidiarität geboten. Dieser Grundsatz hat auch dann zu gelten, wenn bestehende Verordnungen überarbeitet werden. Dabei sollten die Änderungen nicht nur nach obigem Grundsatz erfolgen; die Verordnung als Ganzes ist zu überprüfen und in diesem Sinne zu überarbeiten oder abzuschaffen. Die Institution der Regierungspräsidien ist eine Verwaltungsinstanz auf Landesebene, die nicht durch demokratische Wahl legitimiert ist. Sie ist mit dem Ziel zu überprüfen, diese Hierarchiestufe abzuschaffen und dadurch Bürokratie abzubauen.

Medizinische Versorgung

Die medizinische Grundversorgung der Bürger in der Wetterau muss wohnortnah gewährleistet sein. Eine Arbeitsteilung, aber auch Spezialisierung und Schwerpunktbildung zusammen mit Kliniken der Nachbarkreise bzw. Frankfurt ist dann sinnvoll, wenn es diesem Zweck dient. Der Aufgabe und Schließung von Arztpraxen im ländlichen Raum ist entgegenzuwirken, um das Wohnen für alle Generationen, aber insbesondere für Familien, und ältere Menschen weiter zu ermöglichen. Förderung des ländlichen Raums auch auf diesem Gebiet ist vernünftige Wirtschafts-, Familien- und Verkehrspolitik. Die AfD befürwortet den Einsatz eines Medibus zur ergänzenden medizinischen Versorgung in ländlichen Gebieten mit wenigen Arztpraxen.



Immigration und Integration

Die wachsende Zahl von Migranten überfordert Staat und Gesellschaft auf allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen, vom Bund bis zu den Kommunen.

Tatsächlichen Kriegsflüchtlingen ist kurzfristig Hilfe nach dem Asylgesetz zu gewähren, aber keine Gesellschaft ist unbegrenzt aufnahme- und integrationsfähig. Entfällt mit dem Ende der Konfliktsituation in den Heimatregionen der Fluchtgrund, sind Kriegsflüchtlinge und Asylbewerber zurückzuführen.

Neben der langfristigen Bekämpfung der Wanderungs- und Fluchtursachen muss kurzfristig eine strikte Begrenzung der Zuwanderung erreicht werden. So genannte „Wirtschaftsflüchtlinge“ haben keinen Anspruch auf Asyl.

Der Missbrauch unserer Sozialsysteme ist umgehend zu stoppen!

Grundsätzlich richtet sich unsere Kritik nicht gegen Migranten, die durch den Zuzug nach Deutschland nur ihre Chance auf ein besseres Leben wahrnehmen, sondern gegen die Rechtsbeugung und das Versagen der gegenwärtigen Verantwortlichen auf allen politischen Ebenen. Die AfD fordert, das geltende Recht im Ausländer- und Asylrecht wieder strikt anzuwenden. Wir sind dagegen, dass die finanziellen Lasten, die durch die Zuweisung von Migranten verursacht werden, zu einem großen Teil von den Kommunen und Landkreisen getragen werden. Diese Kosten sind nach dem Konnexitätsprinzip durch den Bund vollständig zu ersetzen.

Eine Bevorzugung von Migranten bei der Vergabe von Sozialwohnungen, Kindergartenplätzen etc. lehnen wir grundsätzlich ab, da diese Entwicklung zu sozialen Spannungen führt.

Eine mögliche Beeinträchtigung des Schulbetriebs durch Kinder, die der deutschen Sprache noch nicht mächtig sind, ist nicht hinnehmbar und muss durch geeignete Maßnahmen aufgefangen werden, insbesondere durch zusätzlichen Sprachunterricht. Ausreichende Sprachkenntnisse müssen Voraussetzung der Einschulung sein.

Auch die langfristige oder dauerhafte Einschränkung der Rechte der einheimischen Bevölkerung zu Gunsten von Migranten, wie beispielsweise die zweckentfremdete Nutzung von Turnhallen, Requirierung von Wohnungen etc., weisen wir entschieden zurück. Kein Grundrecht ist absolut. Jedes Grundrecht endet da, wo ein anderes Grundrecht beginnt. So findet auch Religionsfreiheit dort ihr Ende, wo eine Religionslehre sich über unser Grundgesetz und die Gesetze dieses Landes erhebt.

Daher kann es keine Zusammenarbeit mit oder gar die Förderung von solchen Islamverbänden geben, die sich nicht eindeutig zum Grundgesetz und unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen oder gar aus dem Ausland finanziert werden.

Die Scharia hat in Deutschland keine Gültigkeit, sondern ausschließlich die Gesetze dieses Landes. Islamverbänden, die sich nicht eindeutig zum Grundgesetz und unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen oder aus dem Ausland finanziert werden, ist zudem der Bau von Moscheen zu verwehren.

Imame, die Hass und Gewalt gegen Christen und die Verachtung unseres Staatswesens predigen, sind auszuweisen. Kindergeld für im Ausland lebende Kinder lehnt die AfD genauso ab, wie die Förderung der Polygamie durch Zahlung von Kindergeld an „Familien“ aus einem Ehemann und mehreren Ehefrauen.

Für eine Zukunft in Recht und Freiheit!

www.afd-wetterau.de

Bankverbindung

Sparkasse Oberhessen

IBAN: DE42 5185 0079 0027 1099 42

BIC: HELADEF1FRI

AfD-Kreisverband Wetterau

Postfach 100 104

61141 Friedberg

E-Mail: mitgestalten@afd-wetterau.de

